

# Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 21 / 2014

THEMENSCHWERPUNKT:  
HANDLUNGSFELDER DEUTSCHER AUßENPOLITIK

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2013
- MUSICA PRO PACE 2013
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

### *Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2013-2014*

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)  
Prof. Dr. Karin Busch, Biologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)  
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)  
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück  
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redaktionelle Mitarbeit:* Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

*Einband:* Bruno Rothe / Tefvik Göktepe, unter Verwendung einer Fotografie des ›Weltsaals‹ im Dienstgebäude des Auswärtigen Amtes, Berlin.

*Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2013-2014*

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- der Oldenburgische Landesbank AG
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

*Redaktionsanschrift:* Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668

Email: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: [www.friedensgespraeche.de](http://www.friedensgespraeche.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.  
1. Aufl. 2014

© 2014 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0357-8

ISSN: 0948-194-X

## Inhalt

Vorwort der Herausgeber. . . . .	7
Editorial. . . . .	9

### I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2013

<i>Journalisten in Gefahr – Zum Stand der Presse-, Medien- und Informationsfreiheit</i> Mit Christian Mihr, Maryna Rakhlei, Shi Ming . . . . .	15
---	----

<i>Zwischen Schutzverantwortung und militärischer Zurückhaltung – Wie helfen wir den Opfern von Krieg und Bürgerkrieg?</i> Mit Guido Westerwelle und Christian Tomuschat . . . . .	37
---	----

<i>Energiepolitik und Frieden</i> Mit Stephan Kohler und Ernst Ulrich von Weizsäcker. . . . .	57
--	----

<i>Verständigung mit Iran – aber wie?</i> Mit Navid Kermani und Ulrich Tilgner . . . . .	81
---	----

Erik Fosnes Hansen, Oslo <i>Europa sieht Deutschland: Die Einsamkeit der Gemeinschaft.</i> . . . . .	107
---	-----

<i>Schuldenkrise und Demokratie in Europa</i> Mit Norbert Lammert und Claus Offe . . . . .	123
---	-----

### II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2013

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>Tragische Helden – Zu Wagners »Rienzi« und Beethovens »Egmont«.</i> <i>Einführung in das musica pro pace-Konzert 2013 . . . . .</i>	149
---	-----

### III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

THEMENSCHWERPUNKT:  
HANDLUNGSFELDER DEUTSCHER AUßENPOLITIK

Navid Kermani, Köln

*Es gibt diese Welt nicht mehr. Ein persönlicher Abschied von  
einem Orient, der anarchisch, bunt gemischt und tolerant war . . . . .* 157

Jörn Ipsen, Osnabrück

*Auslandseinsätze der Bundeswehr . . . . .* 165

Bernhard Rinke, Osnabrück

*Parlamentsbeteiligung unter Druck:  
Die Auslandseinsätze der Bundeswehr . . . . .* 175

Kilian Spandler, Tübingen / Hanna Pfeifer, Magdeburg

*Komplexität aufbauen statt abbauen –  
Wider eine Politik der neuen deutschen Verantwortung . . . . .* 187

Christoph Rass / Sebastian Bondzio, Osnabrück

*»Massensterben« und Erster Weltkrieg –  
Begriff, Ereignis, Erfahrung . . . . .* 191

### IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 205

Abbildungsnachweis . . . . . 211



## Journalisten in Gefahr – Zum Stand der Presse-, Medien- und Informationsfreiheit

Podiumsveranstaltung im Rathaus der Stadt  
am 14. März 2013

*Christian Mihr*

Geschäftsführer der Organisation  
»Reporter ohne Grenzen«, Berlin

*Maryna Rakhlei*

Journalistin aus Belarus, Berlin

*Shi Ming*

Journalist, Schriftsteller und Übersetzer,  
Freiburg

*Dr. Sven Jürgensen*

Leiter des Presseamtes der Stadt  
Osnabrück – Gesprächsleitung

*Sven Jürgensen:* Die Osnabrücker Friedensgespräche haben sich schon wiederholt, aus unterschiedlichen Anlässen, mit dem Recht des freien Wortes befasst. Vor verschiedenen Hintergründen wurden Fragen der Demokratie, des Rechts auf freie Meinungsäußerung und der Freiheit der Journalisten diskutiert. Dieser Problembereich wird uns auch heute beschäftigen. Herr Mihr, der auch für die weltweit tätige Menschenrechtsorganisation »Reporter ohne Grenzen« spricht, wird uns zunächst einen Überblick geben. »Reporter ohne Grenzen« veröffentlicht einmal im Jahr eine Liste, die zeigt, wie es um die freie Meinungsäußerung weltweit steht.

Wie gefährdet sind Journalisten, wenn sie kritisch über ihr Land und ihre Regierenden berichten? Deutschland rangiert auf einem »soliden« 17. Platz, kurz vor Costa Rica. Belarus dagegen liegt auf Platz 168, China auf Platz 174. Auf Platz 179, der letzten Position, erscheint Eritrea. Man mag sich nicht vorstellen, unter welchen Verhältnissen Journalisten dort arbeiten. Auf Platz 178 übrigens liegt Nordkorea, auf 176 Syrien.

Ein journalistisches Handeln, das in vielen Ländern die Existenz der Akteure gefährdet, mündet bei uns in der Bundesrepublik schlimmstenfalls in eine Posse, wie der heute in der Presse geschilderten. Ein TV-Journalist des Rundfunks Berlin-Brandenburg, RBB, habe es »gewagt«, so hieß es, den brandenburgischen Ministerpräsidenten vor laufender Kamera auf die Verzögerungen beim Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg anzusprechen. Dem Ministerpräsidenten kam das sichtlich ungelegen, und er fertigt-

te den Journalisten kurz ab. Der RBB wollte die Szene, die für den Umgang der Politik mit den Medien bezeichnend war, senden, wurde aber durch eine Intervention des Regierungssprechers dazu bewogen, sie aus dem Beitrag zu nehmen. Auch eingedenk dieser Geschichte bitte ich Sie, Herr Mihr, darum, bei Ihrer Einschätzung der weltweiten Lage des Journalismus unser Land nicht auszunehmen.

*Christian Mihr:* Wie steht es um die Meinungsfreiheit, weltweit? Diese Frage und auch unsere jährlich neu erstellte Liste implizieren immer die Frage nach der *Entwicklung* seit dem Vorjahr: Haben sich die jeweiligen Verhältnisse in den unterschiedlichen Ländern verbessert oder verschlechtert? Unsere neueste Liste haben wir im Februar 2013 veröffentlicht.

Nun war es im vergangenen Jahr so schwierig wie noch selten, einen Vergleich zwischen den Ländern zu ziehen, weil die Situation für Journalisten insgesamt sehr schlecht ist. Die Rangliste ist unser Versuch, einen Maßstab für den Zustand und die Qualität von Pressefreiheit zu bekommen. Die Liste beruht auf der Befragung von Journalisten und Korrespondenten auf der ganzen Welt. Wir erhalten Auskünfte von Korrespondenten in fast allen Ländern der Welt. Wir haben Partnerorganisationen und Experten. In manchen Ländern sind unsere Korrespondenten bekannt. In anderen Ländern kennen nur wir sie, weil sie andernfalls in eine Gefährdungssituation kommen würden. Somit beruht das Gesamtbild auf einer großen Zahl subjektiver Einschätzungen. Denn nicht alle Kriterien sind so leicht zu objektivieren wie die Zahlen getöteter und inhaftierter Journalisten. Betrachten wir diese Zahlen für das vergangene Jahr, so war es das schlimmste Jahr für die Pressefreiheit, seit wir 1995 begonnen haben, die Zahl der getöteten und inhaftierten Journalisten in einer Jahresbilanz abzubilden.

Ein wichtiges Beispiel aus dem Fragebogen an die Journalisten ist die Frage nach der Selbstzensur. Sie ist in vielen Ländern ein Problem. Darauf fällt die Antwort ganz unterschiedlich aus, abhängig davon, ob man einen Journalisten fragt, für den ein hohes Maß an Unabhängigkeit selbstverständlich ist, oder jemanden, der es gewohnt ist, in permanenter Abhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Interessen oder Anzeigenkunden zu arbeiten.

Wie beantworten Journalisten die Frage nach der Gewalt im Alltag in einem Land wie Mexiko, wo Tötungen von Berufskollegen für jeden zu den alltäglichen Ereignissen gehören? Welche Antwort gibt demgegenüber ein Journalist in Brandenburg, wo es im letzten Jahr mehrfach Angriffe von Neonazis auf Redaktionen gab? Unsere Rangliste ist ein subjektiver

Versuch, die Diskussion über Pressefreiheit anzustoßen und einen Eindruck von der Situation zu vermitteln.

Als Antwort auf die Frage nach dem Stand der Pressefreiheit würde ich sagen: Wir haben seit Jahren eine *Stagnation der Repression*.

In den Ländern des ›arabischen Frühlings‹ ist noch nicht erkennbar, wohin die Entwicklung geht. In Tunesien erlebten wir eine zunächst recht friedliche Entwicklung, gab es kaum Repressalien gegen Journalisten. Aber gerade in den letzten Monaten haben wir ein wachsendes Ausmaß an Gewalt gegen Journalisten beobachtet. In Ägypten ist es sehr unklar, wie sich die Lage entwickelt.

Deutschland rangiert tatsächlich zu meist auf Rang 16 oder 17, also relativ weit oben in der Rangliste, aber auf einem europäischen Mittelplatz. Es gibt Länder, die besser beurteilt werden, nämlich vor allem die skandinavischen Staaten. Aber auch Estland oder Jamaika

werden besser eingeschätzt als Deutschland, wo die abnehmende Medienvielfalt und die wachsende Medienkonzentration für die Pressefreiheit besonders problematisch erscheinen. Außerdem stellen wir ein Vordringen von ›Öffentlichkeitsarbeit‹, *public relations*, in den Journalismus fest. Es gibt ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen ›PR‹ und Journalismus in den Medien. Darin sehen wir die größte Herausforderung für die Pressefreiheit in Deutschland.



Christian Mihr



Welche Konsequenzen ziehen wir als globale Organisation daraus? Wir werden aktiv z.B. ganz konkret mit unserem Bereich Nothilfe, in dem mehrere Kollegen in unserem internationalen Sekretariat in Paris sowie in Berlin tätig sind. Aktuelle Aufgaben in Sachen Nothilfe übernehmen wir in Usbekistan, Aserbaidschan, Iran und Syrien. Aber auch in Mexiko, Afghanistan und Russland helfen wir Menschen, indem wir z.B. Anwaltskosten tragen und Arztuntersuchungen nach Prügelattacken finanzieren. Wir helfen auch bei Asylverfahren im Migrationsbereich. Und wir arbeiten als globale Organisation ebenfalls auf politischer Ebene gegen Repressionen und kümmern uns mehr und mehr um den Bereich Internetfreiheit. Das Internet ist – analog zur Zunahme seiner Bedeutung als öffentlicher Raum – eine Sphäre, in der Repressionen zunehmen und damit wichtiger werden. Hier müssen wir uns nicht mehr nur mit Staaten, sondern auch mit privaten Akteuren, das heißt mit einzelnen Unternehmen, beschäftigen.

Ganz konkret engagieren wir uns gegen den Einsatz und den Export von Zensurtechnologien, und zwar sowohl in Software als auch in Hardware. Derartige Technik, die oft leider von namhaften Herstellern aus Deutschland kommt, aber auch aus Westeuropa, ist z.B. Teil einer Software, die in einem E-Mail-Anhang versteckt ist und sogar wirksam wird, wenn dieser Anhang vom Benutzer nicht geöffnet wird. Diese Software, die Journalisten oder Menschenrechtsaktivisten geschickt werden kann, ermöglicht ihre kontinuierliche Überwachung. Auch entsprechende Hardware-Produkte werden aus Deutschland exportiert. Wir kritisieren, dass diese Hardwarelieferungen durch Hermes-Bürgschaften oder in anderen europäischen Ländern durch Exportbürgschaften abgesichert werden, weil sie als Wirtschaftsgüter wie viele andere angesehen werden.

Leider herrscht bei uns im Hinblick auf die Pressefreiheit eine Doppelmoral, wie sie in vielen Feldern der Menschenrechtspolitik zu beobachten ist. Das Wirtschaftsministerium identifiziert hier einen ›Zukunftsmarkt‹ und hat ein entsprechendes Strategiepapier *Zukunftsmarkt Zivile Sicherheit* veröffentlicht. Das Auswärtige Amt dagegen ist für Menschenrechtsfragen tendenziell eher offen. Wir engagieren uns dafür, dass Zensur- und Überwachungstechnik in Soft- und Hardware besser kontrolliert wird und im Hinblick auf den Export gleichbehandelt wird mit Waffen. Wir engagieren uns für die Aufnahme solcher Software in das sogenannte *Wassenaar-Abkommen für Exportkontrollen von konventionellen Waffen und doppelverwendungsfähigen Gütern und Technologien* von 1996. Dieses Abkommen regelt vor allem den Export konventioneller Waffen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, was Journalisten in Deutschland für die Pressefreiheit tun können. Denn auch sie haben Entscheidungsspielräume. Der Spiegel-Journalist *Jürgen Leinemann* hat immer

wieder darauf hingewiesen, dass es zwar ganz normal sei, aber völlig inakzeptabel ist, wenn die Pressefreiheit verletzt wird. Er sagt dazu etwas sehr Eindrückliches:

»Angefochten wird die Freiheit erst wirklich, wenn Redaktionen oder Journalisten nicht den Anfängen wehren, wenn sie leichtfertig hinnehmen, was man mit ihnen macht, oder wenn sie gar in voraus-eilendem Gehorsam gegenüber irgendwem vorwegnehmen, was irgendwelche Mächtigen vielleicht tun könnten. Ist nicht die vielbe-klagte ›Schere im Kopf‹ oft eher ein Sofa im Kopf? Ausdruck von Bequemlichkeit und nicht von berechtigter Furcht vor Risiken?«<sup>1</sup>

Pressefreiheit als ein unverzichtbarer Teil des demokratischen Systems funktioniert nur dann, wenn sie auch eingefordert und aktiv verteidigt wird. Eine Freiheit, um die nicht gerungen wird, stirbt. Das sehen wir in vielen Ländern der Welt.

*Sven Jürgensen:* Besonders beunruhigend ist, dass sich eines der freiesten Länder der Welt durch Technikexport an der Repression beteiligt. In das Bewusstsein der Öffentlichkeit ist das offenbar noch nicht so weit vorge-drunen, wie es dem Stand dieser Technik angemessen wäre.

Frau Rakhlei, Sie kommen aus Belarus und beteiligen sich an einem *Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung*. Dieses Netzwerk hat vor einiger Zeit eine Veranstaltung organisiert, die sich ebenfalls mit der Meinungsfreiheit beschäftigte. Dort wurde gefragt: Gibt es Hoffnung?

Unter welchen Bedingungen recherchieren unabhängige und opposition-nelle Journalisten in Weißrussland und welche konkrete Hilfe brauchen sie? Würden Sie heute noch die gleichen Antworten geben, die Sie vor ein-einhalb Jahren auf diese Frage gegeben haben?

*Maryna Rakhlei:* Es ist für eine Person, die aus einem Land kommt, das durch Tschernobyl verseucht ist und als Diktatur angesehen wird, nicht so einfach, über Hoffnung zu sprechen. Seit mehr als achtzehn Jahren haben wir denselben Präsidenten, und wir können immer noch keinen Präsi-den-ten wählen. Trotzdem kann es wichtig sein, sich immer wieder dieselben Fragen zu stellen, um zu sehen, ob man inzwischen weitergekommen ist und wie weit man kommen kann. Es sind nicht nur Journalisten in Gefahr, sondern auch der Journalismus selbst.

Wenn man Osteuropa und den postsowjetischen Raum betrachtet, sieht es im Hinblick auf die Freiheit des Journalismus nicht so schlimm aus, wie man befürchten könnte. Belarus, ein autoritär regiertes Land mit 10 Mio.

Einwohnern, hat 1.500 registrierte Printmedien, 250 elektronische Massenmedien, also Fernseh- und Radiosender, ferner gibt es 9 Nachrichtenagenturen. Zwei Drittel dieser Medien sind in privater Hand. Für ein kleines Land ist das nicht schlecht. Und wenn ein Vertreter der Regierung diese Zahlen nennt, so scheint dies für demokratische und freie Verhältnisse zu sprechen. Leider sind die meisten Printmedien Reklameblätter oder Modezeitschriften. Zurzeit gibt es eben doch nur 30 gesellschaftspolitisch relevante, nichtstaatliche Zeitungen für das ganze Land. Und die Arbeit von Journalisten wird auf wenigstens drei verschiedenen Wegen erschwert.

An erster Stelle ist die Ausübung von Gewalt zu nennen: es ist allerdings im ganzen postsowjetischen Raum üblich, dass Journalisten während Demonstrationen festgenommen oder verprügelt werden. Auch sind manche Journalisten sogenannten *cyber attacks* ausgesetzt, zum Beispiel indem ihre Webseiten zeitweise gesperrt werden.

Ein zweites Feld der Behinderung von Journalisten bilden die gesetzlichen Regelungen für ihre Arbeit. Es gibt Mediengesetze und es gibt die Verfassung. Aber es ist wie zu Sowjetzeiten: So, wie es auf dem Papier steht, klingt alles sehr demokratisch. Die Frage ist, wie es angewendet wird. In Belarus gibt es seit 2009 ein neues Mediengesetz. Es gilt als eines der modernsten der Welt. Einzelne Artikel darin wurden aus den Mediengesetzen Deutschlands, Schwedens und anderer Staaten übernommen. Doch manches in diesem Gesetz ist besorgniserregend: Freie Journalisten etwa existieren scheinbar nicht für den Staat, ebenso wenig Blogger. Erschwert wird die Informationsbeschaffung für sie, indem Journalisten allen anderen Bürgern gleichgestellt werden, d.h. wenn ein Journalist eine Anfrage an ein Ministerium stellt, wird ihm, wie allen Bürgern, eine Antwort innerhalb einer Frist von zwei Wochen in Aussicht gestellt – ein Zeitraum, der eine wirklich aktuelle Berichterstattung unmöglich macht. Die Registrierung neuer Blätter wird dadurch erschwert, dass der Chefredakteur eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung in dieser Position nachweisen muss. Und die Verbreitung von Informationen über nichtregistrierte Organisationen ist sowieso gesetzlich untersagt. Schreiben Journalisten über oppositionelle Menschenrechtsgruppen, denen die Registrierung verweigert wurde, droht ihnen die Verhaftung. Bei Mehrfachverstößen kann das Blatt geschlossen werden. Solche Gesetzesbestimmungen sind ein Damoklesschwert, sie dienen der Einschüchterung. Die Journalisten wissen das und richten sich danach. Unter Strafe gestellt wurden auch die Beleidigung und Verleumdung von staatlichen Angestellten und des Präsidenten. Zeitungen laufen unter diesen Umständen Gefahr, jederzeit rechtlich belangt zu werden.

Einen dritten, gewichtigen Problembereich für die Medien machen die wirtschaftlichen Verhältnisse und Maßnahmen aus, denen sie unterliegen. Staatliche Medien werden subventioniert: 2011 erhielten sie Mittel in Höhe von 54 Mio. Euro. Hinzu kommt, dass Schulen und andere öffentliche Institutionen staatliche Zeitungen abonnieren müssen. Papier kann man nur bei einer einzigen, einer staatlichen Papierfabrik kaufen. Staatliche Zeitungen bekommen das Papier günstiger als die unabhängigen. Private Druckereien arbeiten nur ungern und allenfalls zu erhöhten Preisen für nichtstaatliche Blätter.

Ein weiteres Problem ist Selbstzensur. Jeder Journalist denkt zweimal darüber nach, ob er, um einen kritischen Artikel zu veröffentlichen, das Risiko einer Anklage oder gar der Schließung seiner Zeitung eingehen will. Dann wird eben nicht weiterrecherchiert, und mit regimekritischen Experten wird nicht geredet. Solche Paranoia ist in Belarus fast eine Volkskrankheit. Auch das kann man als unser sowjetisches Erbe ansehen. Es gab 70 Jahre lang keine Meinungs- und Pressefreiheit. Dann, zu Beginn der 1990er-Jahre, erlebte man in Belarus eine kurze, drei Jahre dauernde Öffnung. Sie endete mit der Wahl von *Alexander Lukaschenko*. Somit haben die Belarussen bisher keine Erfahrung mit demokratischen Strukturen und Werten machen können.

Hinzu kommt bei belarussischen Medien ein Mangel an journalistischer Professionalität. Die staatlichen Medien beschönigen die Verhältnisse und versprechen, dass alles besser wird. Die nichtstaatlichen, unabhängigen Medien bringen dagegen das, was in den staatlichen fehlt, und zeichnen so die Wirklichkeit in düstersten Farben. Deswegen ist auch die nichtstaatliche Presse nicht ausgewogen und objektiv. Es mangelt an Professionalität, auch weil viele unabhängige Journalisten sich als Kämpfer verstehen. Sie verfolgen ein Ziel, nämlich den Regierungswechsel, es geht ihnen um nichts Geringeres als eine Revolution. Sie glauben an die aufrüttelnde Wirkung ihres engagierten Journalismus, dass die Bevölkerung aufstehen müsse und sagen: Schluss damit! Wir wollen in einem anderen Land leben! Aber das passiert nicht.

Das Internet bietet auch in Belarus viele Vorteile: 50% der Bevölkerung sind bereits *online*. Man kann sich über alles Mögliche schnell informieren. Aber – und das ist in Deutschland ähnlich – für Journalisten bringt dies enormen Zeitdruck. Man sieht: Die eine Zeitung hat die Neuigkeit schon auf ihrer Seite und wir noch nicht. Unter diesem Druck wird weniger recherchiert. Oft heißt dann die Arbeitsmethode einfach *copy & paste*.

Im postsowjetischen Raum herrschen also durchaus ungünstige Rahmenbedingungen für freie und objektive journalistische Berichterstattung. Und es gibt eben einen Mangel an Professionalität. Die Frage ist, wie

können Länder, in denen die Pressefreiheit wesentlich fortgeschrittener ist, helfen? Ein Weg könnte sein, Journalisten Kurse anzubieten, in denen man lernt, wie es anders, objektiv, professionell, gehen kann.

*Sven Jürgensen:* Sie leben heute in Berlin. Wie informieren Sie sich über Belarus?

*Maryna Rakhlei:* Das ist leicht, wenn man russisch spricht. Es gibt sehr viele Internetseiten, die im Minutentakt neue Informationen liefern. Und ich habe Freunde, Familie und Kollegen in Minsk.

*Sven Jürgensen:* Herr Shi, Sie leben seit Jahren in Deutschland und sind Präsidiumsmitglied im deutschen PEN-Zentrum. In einem kürzlich gesendeten Bericht des Bayerischen Rundfunks, der die Schwierigkeiten kritischer Journalisten in China thematisierte, schilderten Sie, was es für Journalisten dort bedeutet, »zum Tee trinken eingeladen« zu werden. Bitte erläutern Sie uns doch diese harmlos klingende Redewendung.

*Shi Ming:* Diese Redewendung gibt es in China seit etwa zehn Jahren. Ursprünglich konnte sie auf jede Person bezogen werden, weil jeder »zum Tee eingeladen« werden kann, denn die Einladung kommt von der chinesischen Staatssicherheit. Man kann sich vorstellen, was einem dort alles passieren kann. Aber die



Sven Jürgensen

Redewendung signalisiert schon einen gewissen Fortschritt, denn sie bedeutet nicht, dass man bei der ›Stasi‹ automatisch Folterungen oder verschärften Verhörmethoden ausgesetzt wird. Sie besagt nicht, dass für ein Vergehen automatisch eine bestimmte Strafe droht, etwa für einige Zeit zu ›verschwinden‹. Was es für Journalisten bedeuten kann, wenn sie ›zum Tee eingeladen‹ werden, möchte ich an drei Einzelschicksalen erläutern.

Der Journalist *Gao Quinrong* wurde von der einzigen amtlichen Nachrichtenagentur engagiert und war so etwas wie ein Staatsbeamter. Er wurde 1999 im staatlichen Auftrag in den Ort Shanxi in den Norden

Chinas geschickt, um über lokale Korruption zu recherchieren. Er hatte ein Empfehlungsschreiben von der Nachrichtenagentur und vom lokalen Parteikomitee der Provinz. Dennoch wurde ihm gedroht, man werde als Erstes seine Finger abhacken, wenn er nicht aufhöre, zu recherchieren. Er hörte aber nicht auf, sondern legte nach. Dann stellte man ihm eine Falle, in die



Shi Ming

er aber nicht hineintappte. Schließlich wurden Beweise gefälscht, um ihn vor ein Gericht zu stellen, das ihn zu einer Gefängnisstrafe von 13 Jahren verurteilte. Selbst die Zentralregierung in Peking und die Altchinesische Vereinigung der Journalisten konnten dagegen nichts bewirken. Der Mann wurde verurteilt, weil er angeblich in jenen Korruptionsfall involviert war, über den er recherchieren sollte. Dieser Fall, den damals auch »Reporter ohne Grenzen« registrierte, ist ein großer Skandal. Der Mann kam schließlich erst nach neun Jahren aus dem Gefängnis frei.

Kürzlich begann Gao Quinrong, über einen anderen Skandal zu recherchieren: Ein sehr hoher Funktionär hat im Namen seiner Tante Wohnungen kaufen lassen. Wohnungen sind in China Spekulationsgut Nr. 1. Gao Quinrong kam diesem Funktionär auf die Schliche und recherchierte weiter. Plötzlich bekam er die berühmte ›Einladung zum Teetrinken‹.

Jemand rief ihn an und sagte: Sie kennen meine Stimme? Der Journalist bejahte. Wollen Sie nicht Teetrinken?, wurde er gefragt. Er verneinte. Auch nicht, wenn ich Sie einlade? Auch dann nicht, antwortete Gao. Gut, dann sehen wir uns also heute Nachmittag um 15 Uhr, Sie wissen, wo. – Der Journalist ging ›zum Teetrinken‹ und wurde ›nur‹ verwarnt. Er darf nicht weiter ermitteln. Jedenfalls nicht, solange der aktuelle Volkskongress tagt. Vielleicht geht es danach, vielleicht nie wieder.

Der zweite Fall ist eklatanter. Ein Journalist ermittelte gegen ein hohes Mitglied des Politbüros, das damals Oberbürgermeister der Stadt Dalian im Nordosten Chinas war. Dabei ging es um Folter und politische Willkür gegen eigene Genossen. Der Journalist wurde ohne jegliches Gerichtsurteil in ein Zwangslager geschickt. Als er herauskam, wurde er als Erstes ›zum Tee eingeladen‹. Er wurde verwarnt und ihm wurde verboten, jemals ein Wort über sein Leben im Gefängnis zu erzählen. Der Mann ließ sich nicht einschüchtern und emigrierte in die USA. Dort ist er eine der wichtigsten Informationsquellen in Sachen Korruption in China. Und er berichtete wiederholt, dass seine Familienangehörigen regelmäßig ›zum Tee eingeladen‹ werden; man kann sich vorstellen, was da besprochen wird.

Der dritte Fall betrifft mich selbst. Ich war 2007 in der Stadt Chongching und recherchierte für einen Film, der später in der ARD gesendet wurde. Ich war von Kollegen gewarnt worden, die mir rieten, vorsichtig zu sein. Ich sollte zunächst ein ›hohes Tier‹ kennenlernen, den Sohn eines Bürgermeisters, der mir Protektion geben sollte. Er gehört zu den Leuten, die sonst andere ›zum Tee einladen‹. Der Mann lud mich aber zum Essen ein und war diesmal mein Warner. Er sagte: Ach wissen Sie, Sie wollen da und dort recherchieren. Vor Ihnen sind dort schon vier Journalisten tot aufgefunden worden. Der Letzte wurde letzte Woche von der lokalen Parteizeitung geschickt, und vier Tage später fand man seine Leiche im Fluss. Also seien Sie vorsichtig. Ich gebe Ihnen meine Visitenkarte. – Ich steckte die Visitenkarte ungelesen ein und fuhr in die Stadt. Kaum war ich im Hotel, rief jemand in der Lobby an und fragte, ob ein Herr Shi dort eingetroffen wäre. Das wurde bestätigt. Daraufhin sagte der Anrufer: Dann bereiten Sie bitte einen schönen Raum vor. Mit Tee bitte. Wir möchten gerne mit ihm sprechen. Mein Erlebnis bei dieser ›Einladung zum Tee‹ war, dass der Mann mir sagte: Wissen Sie, bei uns ist die Mafia besonders rabiat. Ich würde Ihnen raten, die Stadt möglichst bald zu verlassen. Oder aber Sie setzen uns ständig in Kenntnis. Wir können Sie schützen, da wir von der Staatssicherheit sind. Ich hatte also die Wahl: Staatssicherheit oder Mafia, meine Recherche blieb dabei leider auf der Strecke.

Es gibt viele, schlimmere Schicksale. Es gibt Journalisten, die 14 Tage nach einem ›Teetrinken‹ plötzlich verschwunden sind. Und es gibt solche,

die nie wieder auftauchen. Heute ist man in China nicht mehr sicher, von wem man ›zum Tee eingeladen‹ wird. Es gibt die Staatssicherheit, verschiedene Ministerien, verschiedene Lokalregierungen, die alle befugt sind, Journalisten ›zum Tee einzuladen‹. Und es gibt solche, die sich als Autoritäten ausgeben und sich am Ende als Angehörige der Mafia erweisen: Vor kurzem verlor eine Journalistin fünf Finger.

Aber es gibt die Hoffnung, dass die Behörden sich heute hinter diesem Euphemismus verstecken müssen. Vor zehn Jahren, als ich noch aus dem deutschen Exil heraus berichten musste, gab es die ›Einladungen zum Tee‹ noch nicht. Damals ging es sofort in ein Zwangsarbeitslager. Heute ist es so, dass viele Journalisten sich zwar ›zum Tee einladen‹ lassen, sich aber auch zu wehren wissen. So war z.B. die gesamte Redaktion einer offiziell zugelassenen südchinesischen Zeitung Anfang dieses Jahres verwarnt worden, weil sie es gewagt hatte, zum Neujahr einen Leitartikel zu veröffentlichen, in dem politische Reformen gefordert wurden. Die Redaktion wurde instruiert, den Leitartikel in veränderter Form erneut zu drucken, was auch geschah. Man hatte nur die Anmerkung hinzugesetzt: Dieser Text gibt nicht die Meinung der Redaktion wieder. Daraufhin wurde ein Meinungskampf zwischen mehreren bekannten chinesischen Zeitungen entfacht. Am Ende solidarisierte sich eine andere Zeitung mit der Redaktion des verbotenen Artikels. Das geschah auf sehr kreative Art und Weise. Die erste Zeitung, die hart angegangen wurde, heißt *Nanfang Zhoumo*. Zhou ist gleichlautend wie das Wort für ›Brei‹.

Und *Nanfang* ist Süden. Die zweite, ihre Solidarität offen erklärende Zeitung druckte eine Geschichte über die Liebe zu dem ›Brei aus Süchina‹. In diesem Essay wird beschrieben, wie tröstend es ist, aus einer nicht entrinnbaren Kälte nach Süden zu reisen und so einen Brei aufgetischt zu bekommen. Das Internet brodelte, alle wussten, was gemeint war. Gerade die Journalisten, die manchmal ihre Freiheit oder ihr Leben einsetzen, fühlten sich so angesprochen, dass eine ganze Woche im Internet über den ›Brei‹ diskutiert wurde. ›Brei‹ war die Zeitung, die es zum ersten Mal in der Geschichte der Volksrepublik China gewagt hatte zu sagen, dass das hier Gedruckte nicht ihrer Meinung entsprach. Ich denke, dass China eines der Länder ist, in dem die Pressefreiheit am schlimmsten unterdrückt wird. Aber ich bin trotzdem voller Hoffnung.

*Sven Jürgensen:* Herr Shi, haben Sie Erwartungen, dass Impulse oder Veränderungen von dem erwähnten, gegenwärtig tagenden Volkskongress ausgehen?



*Shi Ming*: Von diesem Volkskongress sind positive Veränderungen nicht zu erwarten. Aber es gibt Begleiterscheinungen, die mich hoffnungsvoll stimmen. Der Volkskongress fing schon mit einem *faux pas* an. Zu Beginn stand die Aufgabe, eine neue Staatsführung zu wählen, auf dem Programm. Aber schon bei der feierlichen Eröffnung am ersten Tag saß der Sprecher einer Delegiertengruppe da und zeigte den Kameras respektlos den ›Stinkefinger‹. Das Bild wurde verbreitet. Niemand kannte den Kontext oder die Gründe dieses Mannes. Aber so etwas hatte es noch nie gegeben, und das setzte sich fort. Es wurden z.B. einige *nonsense*-Resolutionen eingebracht. Ein Delegierter stellte den Antrag, jenen Eltern, die selbst nicht die Schulpflicht vollendet haben, zu untersagen, Kinder zu bekommen – ein unsinniger Entwurf, der aber veröffentlicht wurde. Das chinesische Internet reagierte darauf sehr lebhaft. Ein erster Kommentar sagte, dass der Mann mit sich selber anfangen müsse, da er ganz bestimmt nicht die Schulpflicht erfüllt hat, und so ging es weiter.

Die große Politik hat auf dem Kongress bisher nichts zustande gebracht und befindet sich in einer Starre. Es sind verschiedene solche Anekdoten, die zeigen, dass ›die da unten‹ kein Wort mehr davon glauben, was von oben kommt. Ein chinesischer Internet-Soziologe hat die Situation treffend beschrieben. Er sagte: Wenn Sie die offiziellen Zeitungen lesen, glauben Sie, China steht jetzt schon an der Weltspitze. Wenn Sie im Internet lesen, glauben Sie, China steht jetzt schon in der Hölle. Die Konfrontation der unterschiedlichen Meinungen ist stark. Dabei haben kritische Journalisten zwar Schwierigkeiten, sachlich verifizierbar zu berichten. Aber sie haben fast das ganze Volk hinter sich, wenn sie es wagen, die offizielle Berichterstattung auch nur anzuzweifeln. Natürlich haben sie nicht den Zugang zu den Statistiken, auch haben sie nicht immer das Fachwissen. Aber sie haben wachsenden Zuspruch und finden immer mehr Gehör. Eine letzte Anekdote: Chinesische Statistiker hatten im Zuge der Vorbereitung des Volkskongresses angegeben, dass, wer behauptet, die Binnennachfrage in China stagniere, lügt. Sie sagten: Wir haben drei Jahre hintereinander eine mehr als 100-prozentige Stützung der Konjunktur durch die Binnennachfrage registrieren können. Sofort meldeten sich ein Mathematiker, ein Physiker, ein Ökonom und ein Journalist im Internet und bezweifelten schon die mathematische Wahrheit dieser Behauptung. Wenige Tage später veröffentlicht ein Ökonom eine komplette volkswirtschaftliche Bilanz, die zeigt, dass die Statistik des Volkskongresses falsch ist. Der Ökonom muss sich schützen und bleibt daher anonym und hält auch seine Quellen geheim. Der Vorgang zeigt, dass die Unterstützung für kritischen Journalismus heute zwar noch vorsichtig erfolgt, aber schon breit angelegt ist. Mein Fazit: China ist ein Land, in dem die Pressefreiheit weiterhin sehr

bedroht ist, aber ich bin zuversichtlich, dass sich dies zum Besseren verändern wird.

*Publikum:* Ich stamme aus dem Nato-Partnerland Türkei. Auch dort werden Journalisten ohne Gerichtsurteil für fünf oder zehn Jahre ins Gefängnis gesteckt. Bundeskanzlerin *Merkel* hat dies gegenüber dem türkischen Ministerpräsidenten *Erdoğan* angesprochen und erhielt die Antwort, dass die Verurteilten »Terroristen« seien. Es sind aber nur kritische Journalisten! Jeder kritische Journalist dort wird entweder verhaftet oder entlassen. Welche Maßnahmen ergreift »Reporter ohne Grenzen« in Richtung Türkei?

*Christian Mihr:* Die Türkei ist – neben China – hinsichtlich der inhaftierten Journalisten das Land mit den meisten Menschenrechtsverletzungen. Dies betrachten wir mit allergrößter Sorge. Konkret schaffen wir Öffentlichkeit für die inhaftierten Journalisten. Ende 2012 haben in der Türkei Massenprozesse gegen Journalisten begonnen. Für einige dieser Journalisten zahlen wir die Anwaltskosten. Der Vorwurf, der den Journalisten gemacht wird, ist, dass sie Mitglieder einer Terrororganisation seien. Wir beobachten in der Türkei – aber auch in vielen anderen Ländern –, dass die Anti-Terror-Gesetzgebung gegen unabhängige Journalisten missbraucht wird. Die Betroffenen sind häufig Journalisten kurdischer Herkunft. Und wir beobachten, dass seit der Verschärfung des Konflikts zwischen der türkischen Regierung und oppositionellen Kurden in den letzten zwei Jahren die Repression gegen Journalisten in der Türkei zugenommen hat. Erfreulicherweise hat Frau Merkel die Situation vor Kurzem angesprochen. Zuvor hatten wir darüber ein Gespräch im Kanzleramt. Wir sind hinsichtlich der Türkei auf verschiedenen Ebenen aktiv.

*Publikum:* Herr Shi, wo leben und arbeiten Sie?

*Shi Ming:* Ich lebe seit zwei Jahren in Freiburg, zuvor in Köln. Ich arbeite hauptsächlich in Deutschland. Mein Hauptmedium ist seit zwanzig Jahren das Internet. Es ist eine zuverlässige Informationsquelle, wenn man täglich einige Stunden *online* ist und sich eine Recherche-Systematik angewöhnt, um unterschiedliche Quellen quasi zeitgleich vergleichen zu können. Ein Beispiel: am 23. November 2010 kam ich in das Büro der *Deutschen Welle*, startete meinen Computer und fand eine Stellungnahme der Verwaltung zur Herkunft der Devisenreserven in China vor. Darin wurde die Behauptung bestritten, dass etwa 70% der chinesischen Devisen Spekulationsgelder des internationalen Kapitals seien. Als Quelle dieser Behauptung

tung kam nur eine Studie aus dem Jahr 2009 infrage. Zwei Professoren hatten darin im Auftrag der chinesischen Zentralregierung die internationalen Spekulationsflüsse nach China eingeschätzt. Ich suchte in verschiedenen Internetforen nach weiteren Informationen. Kurz darauf wurde eine weitere Verlautbarung der gleichen Behörde veröffentlicht, in der ein noch düsteres Bild gezeichnet wurde: Chinas Devisenreserven würden nicht zu 70% aus Spekulationsgeldern bestehen, sondern zu etwa 85%. Verlässliche Zahlen für den Zufluss von Devisenreserven wurden zwar nicht veröffentlicht, dafür aber eine weitere Stellungnahme der Behörde, die eine Problematik von Spekulationsgeldern in China überhaupt bestritt. Als Journalist kann ich dem eines entnehmen: Es gibt einen starken, interessengelenkten Kampf innerhalb der Regierung. Eine Seite ist daran interessiert, dass das Volumen von Spekulationsgeldern hoch geschätzt wird und bestimmte Maßnahmen dagegen ergriffen werden. Eine andere will genau das Gegenteil. Das Beispiel illustriert, wie Journalisten in China arbeiten. So arbeiten viele.

*Maryna Rakhlei:* Ich arbeite ähnlich. Als Analytistin beim *German Marshall Fund* in Berlin verfolge ich im Stundentakt, welche neuen Informationen aus Belarus kommen. Im April 2011 gab es ein Bombenattentat in der U-Bahn in Minsk. Meine Eltern leben dort. Über das Internet habe ich die Nachricht schneller erhalten als meine Eltern.

*Publikum:* Ich möchte noch einmal den Einfluss von PR auf den Journalismus in Deutschland ansprechen. Denn es ist doch wohl zutreffend, dass eine Vielzahl der in der Presse abgedruckten Meldungen nicht das Produkt eines freien, unabhängigen Journalismus ist, sondern von PR-Agenturen vorbereitet wurde. Das ist darauf zurückzuführen, dass Journalisten heute nicht gut verdienen. Guter Journalismus kostet eben auch Geld.

*Christian Mihr:* Sind Sie denn bereit, mehr Geld für eine Zeitung auszugeben? – Ich kann nicht bestätigen, dass der Großteil der Meldungen, die wir in den Zeitungen lesen, von PR-Agenturen finanziert wird. Es gibt sicherlich auch ›schmutzige PR‹ in Deutschland, aber von einer Situation wie in Russland sind wir weit entfernt. Dort spricht man von ›schwarzer PR‹. Da werden komplette Teile von Zeitungen gekauft, und es gibt »informativelle Abkommen« zwischen Regionalverwaltungen und Redaktionen.

Aber wir beobachten tatsächlich, dass die Bezahlung von Journalisten schlechter wird und in den Medien immer mehr mit freien Journalisten gearbeitet wird. Der wirtschaftliche Druck ist viel stärker geworden und damit wird der Einflussbereich für PR-Inhalte größer.

Es gibt aber bei uns immer noch guten und hervorragenden Qualitätsjournalismus, der allerdings verteidigt werden muss. Dafür braucht es oft genug auch das Bundesverfassungsgericht. Ohne das Bundesverfassungsgericht hätten wir immer wieder Einschränkungen der Pressefreiheit und Angriffe auf sie erlebt. Solche Einschränkungen kommen sogar vom Gesetzgeber selbst. Ein berühmter Fall ist das *Cicero*-Urteil von 2005, oder anderer das 2008 ergangene ›Staatstrojaner‹-Urteil. Letzteres hat gerade jetzt vor dem Hintergrund der Internetfreiheit und des Exports deutscher Überwachungstechnik eine besondere Brisanz. 2008 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass in Deutschland der Einsatz von ›Staatstrojanern‹ nur unter extrem hohen verfassungsrechtlichen Auflagen erlaubt ist. ›Staatstrojaner‹ sind Spionage-Softwareprogramme, die per E-Mail oder SMS verschickt werden können. Das Bundesverfassungsgericht hat das Begehren der Strafverfolgungsbehörden nach einer Zulassung der Verwendung dieser Software abgewiesen. Bis heute haben es Programmierer nicht geschafft, die hohen Hürden des Verfassungsgerichts zu erfüllen und einen für das Bundeskriminalamt geeigneten ›Staatstrojaner‹ zu programmieren. Der Skandal dabei ist, dass heute solche in Deutschland rechtsstaatlich problematische Software exportiert und als Zukunftsmarkt bezeichnet wird.

*Publikum:* Ich möchte auf eine Verfassungsänderung im EU-Mitgliedsland Ungarn aufmerksam machen: Vor zwei Jahren hat die Regierung *Orbán* dort die Pressefreiheit stark eingegrenzt. Was kann die EU, was kann »Reporter ohne Grenzen« dagegen unternehmen?

*Christian Mihr:* Wir schaffen Öffentlichkeit, indem wir versuchen, auf die Situation hinzuweisen. Wie in anderen Fällen auch geben wir finanzielle Unterstützung. Beispielsweise im Falle des Journalisten *Attila Monk*, der vor zwei Jahren im Radio eine Schweigeminute gegen das neue Pressegesetz eingelegt hatte und daraufhin seine Arbeit verlor. Es ist schon skandalös, dass so etwas im Herzen Europas passieren kann. Wir fordern und verlangen, dass die EU bei künftigen Beitrittserweiterungen das Thema Pressefreiheit stärker in den Mittelpunkt rückt. Bei den Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien und Serbien ist das Thema Pressefreiheit aus unserer Sicht bisher nicht hinreichend behandelt worden. Auf Ungarn bezogen fordern wir, Druck auszuüben und festzustellen, dass eine Beschneidung von Pressefreiheit nicht hinnehmbar ist. Wir werden versuchen, dies in Gesprächen im Kanzleramt, im Außenministerium und auf EU-Ebene deutlich zu machen. Allerdings ist das schwierig, weil Ungarn

bereits EU-Mitglied ist. Für unsere Kritik an den Verhältnissen in der Türkei oder in Belarus finden wir bei unserer Lobbyarbeit eher Gehör.

*Publikum:* Vor kurzem enthüllte die *New York Times*, dass ein hoher chinesischer Funktionär ein großes Privatvermögen angehäuft habe. Was wissen Sie darüber, Herr Shi?

*Shi Ming:* Die Nachrichtenagentur Reuters hatte eine Darstellung veröffentlicht, das ein Beziehungsgeflecht aller Politbüromitglieder und ihrer direkten Verwandten zeigt. Es enthält Informationen darüber, in welchen Unternehmen und Branchen diese tätig sind und welche Positionen sie dort haben. Diese Informationen haben eine Qualität, die einen kritischen Journalisten und China-Forscher annehmen lassen, dass der Geheimdienst dahintersteht. Einem einzelnen Journalisten wäre es nicht möglich gewesen, diese Informationen zu recherchieren. So wird z.B. Aktienbesitz von Verwandten eines Politbüromitglieds oft unter falschen Namen registriert. Nicht einmal das Unternehmen würde die wahren Namen nennen. Tatsächlich gibt es bisher noch nicht bestätigte Berichte, dass wichtige politische Gruppen innerhalb des Machtapparats hinter bestimmten Journalisten standen und der *New York Times* diese Daten zugespielt haben. Es müssen Gruppen dahinterstehen, die politisch ein reges Interesse daran haben, dass diese Politiker abgesägt werden.

Wie ließe sich aus der freien Welt heraus die Pressefreiheit in China stärken? Uns als Journalisten, die kritisch über China berichten, fragt man häufig: Warum schreiben Sie immer so negativ, so schwarzmalersch über China? Wir müssen aber daran erinnern, dass Journalisten Wächter sind. Journalisten sind nicht verpflichtet, immer das Schöne und Gute zu verkünden. Dafür gibt es Werbeagenturen.

Wenn aber deutsche Professoren Journalisten öffentlich auffordern, positiv über China zu berichten, muss uns das sehr nachdenklich machen. Im Rahmen einer Studie, an der ich beteiligt war, wurde gefragt, was ich von dem Satz halte: »Westliche Journalisten beobachten China mit ihren eigenen Wertmaßstäben«. Ich antwortete mit der Gegenfrage: Mit welchen Maßstäben sollen sie China sonst beobachten? – Sollen Journalisten etwa zu gespaltenen Persönlichkeiten werden, nur um andere Kulturen besser verstehen zu können? Häufig wird verlangt, dass Journalisten allen Seiten gerecht werden müssten. Ich denke, diese Forderung müssen wir mit Entschiedenheit zurückweisen. Auch Journalisten sind fehlbar, und man kann ihnen nicht die Schuld an einer negativen Stimmung bezogen auf China geben. Es ist in einer demokratischen Gesellschaft vielmehr die Pflicht der Journalisten, immer darauf zu schauen, was kritikwürdig ist.

*Publikum:* Als Hochschullehrer besuche ich China seit langem regelmäßig, und zwar aufgrund von Kooperationsbeziehungen mit der *Renmin* Universität Peking. Mehrfach wurde ich auch an das Institut für Weltsozialismus des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas eingeladen. Dort diskutiert man vollkommen offen; das vermeintlich Udenkbare wird gedacht. In China sehen wir derzeit einen Machtkampf zweier Linien, ähnlich wie vor 1989 in der Sowjetunion, als *Gorbatschow* dort *Glasnost* und *Perestroika*, Öffentlichkeit und Transparenz, forderte. Ich kann mir vorstellen, dass die KP Chinas in fünf Jahren in Sozialdemokratische Partei Chinas umbenannt wird, und ich teile die Zuversicht von Herrn Shi.

*Publikum:* Herr Shi, Sie erwähnten den Vorwurf, Journalisten würden in ihren Berichten aus China eine ›negative Stimmung‹ über das Land verbreiten. Richtig ist ja, dass auch Journalisten sich in Stimmungen hineinsteigern können. Es gibt eine journalistische ›Meute‹, die dann eine Stimmung abfeiert, statt wirklich zu recherchieren. Das ist schlechter Journalismus, und es zeigt, dass es auch eine negative Seite des Journalismus gibt. Frau Rakhlei berichtete aus Weißrussland, dass Journalisten sich zum Teil als Kämpfer verstehen. Als Journalisten sollten sie aber Rechercheure sein und nicht Kämpfer. Es gab auch in Deutschland schon einmal eine nationalsozialistische und eine kommunistische ›Kampfpresse‹.

Noch eine Anmerkung zu der Auffassung, dass ein europäischer Journalist in das außereuropäische Ausland gehen soll, nach Afrika oder nach China, um dann die Situation dort mit seinen eigenen Werten zu betrachten. Das könnte man als ›Ethnozentrismus‹ kritisieren, der bekanntlich Teil des Kolonialismus ist. Solchen Journalisten und Auslandskorrespondenten aus Europa würde ich den Vorwurf machen, andere Kulturen mit dem Maßstab eigener Werte zu beurteilen, ohne die Kontexte und Geschichte dieser Länder zu reflektieren.

*Shi Ming:* Ich habe nicht dafür plädiert, dass Journalisten kolonialistisch auftreten sollen. Ich meine, Journalisten müssen sich ganz normal als Menschen verstehen. Wenn ich z.B. eine protestantische Kirche in Deutschland besuche, kann ich dort zwar recherchieren, wie die Liturgie abläuft und was der Hintergrund ist. Aber wenn ich eine gut recherchierte Reportage schreibe, ist es doch nur wahrheitsgemäß, wenn ich als Fremder, mit Konfuzius im Kopf, sage, dass ich das alles nicht so ganz verstehe. Die Frage ist nicht, ob ich meine Werte als Maßstab einsetze, sondern ob ich zugleich den Anspruch allgemeiner Gültigkeit erhebe. Ich mache auf meinen individuellen Standpunkt aufmerksam, fordere aber keineswegs,

dass alle mir folgen müssen. Das ist der Ausgangspunkt für einen kulturellen Pluralismus.

Es ist im Übrigen richtig, dass Journalisten gerne ›Stimmung machen‹, denn das bringt hohe Auflagen. Ich will nicht behaupten, dass Journalisten nicht zum Fortbestand der Diktatur in China beitragen. Aber wie viele Journalisten schreiben wohl aus echter Überzeugung für die Kommunistische Partei? Es ist nicht nur eine Kampf-, sondern auch eine Lügenpresse.

*Christian Mibr:* Die Frage eines ›guten‹ oder ›schlechten‹ Journalismus stellt sich in unserer praktischen Tätigkeit als globale Organisation etwas anders. Wir verteidigen vor allen Dingen den unabhängigen Journalismus und zunehmend weniger Journalisten. In vielen Ländern, in denen wir unabhängigen Journalismus schützen, z.B. in Syrien, verteidigen wir keine unabhängigen professionellen Journalisten, denn diese gibt es dort eigentlich nicht. Es gibt dort vielmehr Informationsvermittler, die mehr oder weniger unabhängig und oppositionell sind. Das sind ›Bürgerjournalisten‹, die Videos ins Internet hochladen oder einen Blog verfassen. Sie entsprechen damit nicht den Kriterien für einen professionellen Journalismus. Aber sie sind oft die einzigen mehr oder weniger unabhängigen Informationsquellen. Insofern ist die Unterscheidung zwischen gutem und schlechtem Journalismus hier wenig realitätstauglich.

*Maryna Rakblei:* Ich möchte verdeutlichen, was ich mit dem Wort vom Journalisten als ›Kämpfer‹ sagen wollte. Natürlich haben alle Journalisten das gleiche Ziel, nämlich die Öffentlichkeit zu erreichen, die Bevölkerung zu informieren und zu zeigen, wie die Wirklichkeit aussieht. Professionelle, gute Journalisten bemühen sich dabei um eine ausgewogene Berichterstattung. Aber es gibt Journalisten, die die Situationen und die Politiker, über die sie berichten, übertrieben hart attackieren. Ich habe acht Jahre lang in einer sehr professionellen Nachrichtenagentur in Minsk gearbeitet. Man machte uns den Vorwurf, wir seien wie ein zahnloser Hund. Wir würden bellen, wären aber ungefährlich. Wenn man alle Positionen eines Konflikts darstellt, Ministerien anruft, mit Politikern, Ministern und Oppositionellen spricht, erscheint die Berichterstattung für viele oft nicht scharf genug. Aber es ist zweifelhaft, ob man überhaupt noch Journalismus nennen kann, was die ›Kämpfer‹ daraus machen. Für diese Leute ist es oft gleichgültig, aus welcher Quelle sie ihre Information bekommen, es macht keinen Unterschied, ob jemand getötet wurde oder betrunken ums Leben kam. Egal, es wird veröffentlicht, weil es zeigt, wie schlecht der Zustand der Demokratie im Land ist. Das ist oft maßlos übertrieben, aber ich kann

darin den Ansatz dieser ›Kämpfer‹ erkennen: Sie sagen, man kann sich nicht an Regeln in einem Spiel halten, in dem es keine Regeln gibt.

*Publikum:* Es besteht ja Einigkeit darin, dass es uns allen um guten Journalismus geht. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, nicht nur Dinge anzuprangern, aufzudecken und die Öffentlichkeit zu informieren, sondern den Sprachlosen selbst eine Stimme zu geben, gerade in Ländern wie China und Weißrussland. Als Leser deutscher Zeitungen kann man relativ viel über die politische Situation in diesen Ländern erfahren. Was und wie die Leute dort denken, weiß ich aber eigentlich kaum. Wie können Journalisten uns besser vermitteln, wie die Stimmung in der Bevölkerung ist? Woran arbeiten die Menschen, was interessiert sie? Wie hoch schätzen sie z.B. die Pressefreiheit oder Freiheit allgemein?

*Maryna Rakhlei:* In Belarus kursieren viele Gerüchte, es gibt immer Informationen, die in der Luft liegen. Man redet mit Kollegen im Büro, man hört, wie die Leute sich im Bus oder der U-Bahn unterhalten, man hört die Verkäuferinnen im Supermarkt etwas kommentieren, besonders gern das Privatleben des Präsidenten Lukaschenko, das eigentlich tabu sein sollte. Aber wenn es um Korruption geht und Lukaschenko mit zehn Assistenten zwei Wochen in einem österreichischen Ski-Resort verbringt, ist es keine private Angelegenheit mehr. Wen hat er dort getroffen? Und wer hat das bezahlt? Lukaschenko ist immer *Newsmaker No. 1*. Nach dem Muster eines alten sowjetischen Witzes kann man sagen: Die Abendnachrichten handeln immer nur von Lukaschenko und dazu gibt es einen Wetterbericht.

*Shi Ming:* Die ›Volksstimmung‹ im heutigen China ist auf sehr unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Formaten greifbar. Eines dieser Formate nenne ich Diskurstimmung. Das ist die Atmosphäre, in der zunächst nur wenige Meinungsführer ihre Argumente austauschen, plötzlich aber eine große Welle von Zustimmung erfahren. Das ist dann besonders erstaunlich, wenn die Diskussion der Meinungsführer zunächst sehr abstrakt ist. So gab es z.B. im Anschluss an einen nordkoreanischen Atomtest in der Nähe der chinesischen Grenze eine Diskussion im Internet unter einigen wenigen Professoren, die diskutierten, welche Position China gegenüber Nordkorea einnehmen sollte. Es war nicht zu erwarten, dass darauf viele andere Stimmen eingehen würden, denn es ging recht abstrakt um den Koreakrieg, die Amerikaner und das Verhältnis zwischen Pjöngjang und Moskau. Aber innerhalb von ca. sechs Stunden brandete eine große Diskussion auf, zu der Beiträge aus sehr unterschiedlichen



Bereichen kamen. Einer der Beiträge war für mich sensationell: Drei chinesische Bürgerinnen und Bürger, zwei Frauen und ein Mann, gingen eigenmächtig an die Grenze zu Nordkorea, um zu messen, wie hoch die Radioaktivität dort ist. Sie meldeten stündlich hohe Werte und riefen im Internet dazu auf, dass andere, professionellere Diskutanten bzw. Experten diese Werte beurteilen sollten. Sie veröffentlichten Fotos im Blog, auf denen Grenzsteine zu sehen sind, um zu beweisen, dass sie wirklich dort waren. Das alles ist Teil unterschiedlicher Bürgerbewegungen. Eine andere Gruppe von Bloggern knüpfte hier an und forderte dazu auf, wegen früherer Atomtests auch gegen Russland zu protestieren. Wieder andere Diskutanten riefen zum Protest gegen Japan auf, und so ging es weiter. Innerhalb von drei Tagen wurde ein beherrschendes Thema gesetzt, dem sich die offiziellen Leitmedien nicht entziehen können.

Solche sehr dynamischen Prozesse gilt es nicht nur journalistisch, sondern auch soziologisch zu untersuchen. Sie können sehr brisant werden. Zurzeit kann die chinesische Führung im Bereich der Außenpolitik überhaupt nicht mehr vorhersehen, welche Thesen sie vertreten kann, ohne wieder eine große Wutwelle auszulösen. Kündigen sie das Auslaufen der Marine gegen die Japaner an, regen sich die Bürgerinnen und Bürger auf und fragen, warum das nicht gegen die viel stärkeren Russen geschieht. Solche Stimmungen interessieren unterschiedliche Netzwerke, die alle ihre eigenen Ziele verfolgen. Einzelne Journalisten sind gar nicht in der Lage, dieses sehr dynamische Feld zu erfassen. Deswegen gibt es hier in Deutschland seit sieben Jahren ein Portal in Essen namens *Stimmen aus China*. Ich finde es sehr wichtig, diese Stimmen in Diskursen zusammenzufassen, um ein authentisches Bild von der Gesellschaft zu zeigen und nicht nur vom Staat. Über den Staat hören wir vieles, ob es stimmt oder nicht. Die Stimmung in einer Gesellschaft zu erfassen, ist in einem autoritären Land aber viel anspruchsvoller.

*Christian Mibr:* Als Westeuropäer ist man meistens geneigt, die Verhältnisse in einem autoritären Land durch eine kritische politische Brille zu betrachten. Hört man sich dann im Land um, nimmt man oft mit Erstaunen wahr, dass es viele Menschen gibt, die nicht durch diese politische Brille schauen und sagen, dass es ihnen gut geht und sie mit ihrem Leben ganz zufrieden sind. Ein verantwortungsvoller Auslandsjournalismus muss und sollte auch das abbilden.

Wir beobachten allerdings einen Rückgang des Auslandsjournalismus überhaupt. Die Sendezeiten von Auslandssendungen im Fernsehen gehen zurück, und Auslandskorrespondentenstellen werden abgebaut. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die für ihre differenzierte Auslandsbericht-

erstattung bekannt ist, hat kürzlich eine Kulturkorrespondentenstelle in Russland gestrichen. Die Zeitung leistete sich bisher den Luxus, eine Anzahl von Politik-, Wirtschafts- und Kulturkorrespondenten im Ausland zu finanzieren. So war es möglich, dortige Stimmungslagen abzubilden. Auslandskorrespondenten sind heute oft freie Journalisten ohne Absicherung, die sehr kurzfristig denken und handeln müssen. Und auch Redaktionen denken deshalb kurzfristiger. Bekannt geworden ist der Fall zweier Journalisten der *BILD*, die 2010 in den Iran geschickt und dort unter dem Vorwurf der Spionage festgenommen wurden. Sie hatten kaum Landeskennnisse und waren vorher nie mit Auslandsthemen befasst. Während der Zeit ihrer Entführung und Inhaftierung hat sich »Reporter ohne Grenzen« dazu nicht geäußert; anschließend haben wir an den Springer-Verlag und die *BILD*-Redaktion appelliert, ihre Verantwortung für eine differenzierte Auslandsberichterstattung, zu der auch die angemessene Vorbereitung der eingesetzten Kollegen gehört, künftig besser wahrzunehmen.

Aber auch durch eine restriktive Visavergabe der Länder, über die berichtet werden soll, wird eine differenzierte Berichterstattung oft unterbunden. Usbekistan z.B. ist ein Land, was uns diesbezüglich besonders umtreibt. Oft genug bekommt man als Journalist einfach kein Visum für das Land, und zwar entweder ohne jegliche Begründung oder, wie in Usbekistan, mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass man dort keine Journalisten haben wolle.

---

1 Jürgen Leinemann: Medien im Höhenrausch – Zum Spannungsverhältnis von Journalisten und Politikern. Rede auf der Jahrestagung des Netzwerk Recherche am 4. Juni 2005 beim NDR, Hamburg. Siehe <http://bisher.netzwerkrecherche.de/Reden/Juergen-Leinemann-2005/>.